



# Volksblatt

Amtliches Publikationsorgan ■ 120. Jahrgang, Nr. 237

VERBUND/SÜDOSTSCHWEIZ

Redaktion und Verlag: Feldkircher Str. 5, 9494 Schaan, Telefon (075) 237 51 51 - Fax Redaktion/Verlag (075) 237 51 55 - Fax Inserate (075) 237 51 66  
Telefon Sportredaktion (075) 237 51 71 E-Mail-Adresse / fivobla@fivobla.LOL.li - Internet-Adresse: http://www.lol.li/Volksblatt



## FAMILIEN-EXTRA

### Schutzpatron der Zellen

Vitamin C ist das best erforschte Vitamin. Haben Sie genügend davon? Machen Sie den Test auf Seite 7



## INLAND

### «Mier z Balzers»

Ein Riesenerfolg wurde gestern Abend die Präsentation des III. Bandes der Trilogie «Mier z Balzers». Seite 5

## TAGESSCHAU

### Auffahrunfälle über das Wochenende

Über das Wochenende kam es auf liechtensteinischen Strassen zu mehreren Auffahrunfällen, die zwar keine grössere Sach- oder Personenschäden nach sich zogen, bei vorsichtiger Fahrweise jedoch verhindert werden könnten. Die Unfälle sind vermutlich auf die nasskalte Witterung in Verbindung mit dem auf den Strassen liegenden Laub zurückzuführen. Der Bremsweg eines Fahrzeuges kann unter solchen Umständen um einiges länger sein. (lpff)

### Olma 1998 zu Ende

ST. GALLEN: Zwischen 380 000 und 390 000 Interessierte haben die Olma 1998 in St. Gallen besucht, die am Sonntag nach elf Tagen zuende gegangen ist. Der Publikumszuspruch bewegte sich im Rahmen des Vorjahrs. Die Organisatoren zogen eine positive Bilanz. An der 56. Ausgabe der Schweizer Messe für Land- und Milchwirtschaft präsentierten in diesem Jahr 587 Aussteller ihre Produkte. Wie die Olma-Organisatoren mitteilten, waren sie mit den Verkäufen zufrieden. Zu den Höhepunkten der Olma 1998 gehörte der Auftritt des Kantons Thurgau als Ehrengast.

### FL-Musikverband ehrte Jubilare 1998

Erinnerungen an mehrere Jahrzehnte gemeinsamen Musizierens erwachten zu neuem Leben: viele Musikanten, eine Musikantin und der Vorstand des Liechtensteiner Musikverbands trafen sich gestern bei einem gemütlichen Zvieri, um die Jubilarinnen und Jubilare zu ehren. Seite 2

### Abwechslungsreicher Konzertabend

Mit einem unterhaltsamen Konzertprogramm erfreute der Musikverein Konkordia Gamprin am Samstagabend unter der Leitung von Anton Gerner die Gäste im vollbesetzten Gemeindesaal. Seite 4

### Davenport erfolgreich



Lindsay Davenport (im Bild) hat beim WTA-Hallenturnier in Kloten ihren Vorjahressieg wiederholt. Die Weltranglistenbeste bezwang im Final ihre amerikanische Landsfrau Venus Williams in einer Stunde und dreizehn Minuten 7:5, 6:3. Lindsay Davenport ist beim Zürcher Turnier die erste erfolgreiche Titelverteidigerin seit Steffi Graf im Jahre 1992. In der am Montag erscheinenden neuen Weltrangliste wird die 22-jährige ihren Vorsprung gegenüber Martina Hingis um 79 auf 475 Punkte ausdehnen. Lindsay Davenport feierte den 19. Turniersieg ihrer Karriere, den sechsten in diesem Jahr. Seite 12

## Jubiläumsfeier

Schweizer und Liechtensteiner Beamte feierten Zollvertrag

Als «ein Modell dafür, wie Staaten miteinander umgehen sollten», bezeichnete Fürst Hans-Adam II. die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Liechtenstein. Am Sonntag hatte Botschafter Prinz Wolfgang jene Beamten der Schweiz und Liechtensteins zu einem Empfang in das Casino Bern zu einer Matinee und einem Empfang eingeladen, die täglich in Kontakt miteinander stehen, um die Verträge und Gesetze mit Geist und Leben zu erfüllen. Aus schweizerischer Sicht würdigte Staatssekretär Jakob Kellenberger das 75-jährige Bestehen des Zollvertrages und die Zusammenarbeit. Ehrengast aus Liechtenstein war Aussenministerin Andrea Willi, die in Verbindung mit der musikalischen Umrahmung der Feierstunde durch die «Jugendsinfonietta» auf die Kultur und damit die Identität eines Landes als tragfähiger Grundlage und unentbehrlicher Voraussetzung bei den Bemühungen um staatliche Unabhängigkeit, wirtschaftlichen Wohlstand und Sicherheit hinwies. Mehr über die Matinee auf Seite 3.

(Bild: Günther Meier)



## Volksbegehren an den Landtag

Amtliche Prüfung ergab 1972 gültige Unterschriften für FBPL-Initiative

Der Landtag kann sich in seiner Sitzung vom Mittwoch und Donnerstag mit der FBPL-Initiative befassen. Die Regierung hat dem Parlament den über ein Volksbegehren zustande gekommenen Gesetzesvorschlag unterbreitet. Insgesamt trug die Bürgerinitiative 1972 gültige Unterschriften.

Wenn der Landtag diese Woche die FBPL-Initiative zur Volksabstimmung weitergibt, kann nach den Vorschriften des Volksrechtgesetzes das Volk noch in diesem Jahr darüber befinden.

Das FBPL-Präsidium nützte die für eine Initiative vorgesehene Frist

von sechs Wochen nicht voll aus, sondern reichte das Begehren nach bereits rund zehn Tagen bei der Regierung ein, damit die Verbilligung der Krankenkassen-Prämien für Familien mit Kindern und für Rentner, für Arbeitslose und Jugendliche in Ausbildung baldmöglichst in Kraft treten kann.

Einer umfassenden Gesundheitsreform steht die FBPL, wie FBPL-Geschäftsführer Marcus Vogt auf Anfrage erklärte, nach wie vor sehr positiv gegenüber.

Die von der Regierung in Aussicht gestellte Gesundheitsreform müsse ebenfalls mit Dringlichkeit durchgeführt werden, doch verlan-

ge eine solche Reform grundlegende Abklärungen, die nicht von heute auf morgen gemacht werden könnten.

In ihrem Bericht an den Landtag bleibt die Regierung bei der Sachdarstellung der Beglaubigung sehr unbestimmt. Die eingereichten Unterschriftenbögen hätten «weitgehend die formellen Erfordernisse» erfüllt, heisst es unverbindlich, aber etwas andeutend.

Anstatt darauf hinzuweisen, dass in der Gemeinde Balzers ein dienstfertiger Angestellter über seine Kompetenzen handelte und die Unterschriften für die Initiative aus der Gemeinde Balzers eigenhändig be-

glaubigte, heisst es dazu im Regierungsbericht: «Eine verbleibende Unstimmigkeit in den Unterschriftenbögen einer Gemeinde wurde informell von der Regierung direkt nach Eingang der Bögen erledigt.»

Anstatt ein Fragezeichen zu setzen bei der Organisation der Gemeindevorstellung Balzers, die es offenbar erlaubt, dass ein Angestellter in eigener Regie handelt, ohne den Vorsteher zu informieren, bleibt die Regierung offenbar deshalb unbestimmt, um ihre Legendenbildung – «erneut ein Patzer der FBPL» – nicht zu zerstören.

Günther Meier

## Rot-Grüner Koalitionsvertrag fast fertig

SPD und Grüne haben Koalitionsverhandlungen nahezu abgeschlossen

BONN: Mit der Einigung auf eine Ökosteuer und Beschlüssen zur Renten- und Gesundheitspolitik haben SPD und Grüne ihre Koalitionsverhandlungen nahezu abgeschlossen. Mit höheren Abgaben auf Mineralöl, Heizöl, Gas und Strom zum 1. Januar 1999 will die neue Regierung die Lohnnebenkosten senken.

Am Sonntag kündigten die künftigen Koalitionspartner eine Rentenreform bis Ende 2000 an. Die von der alten Regierung beschlossene Senkung des Rentenniveaus wird bis dahin ausgesetzt. In der letzten Verhandlungsrunde am Montag steht nun noch die Entscheidung über die Zusammenset-

zung des Kabinetts unter dem künftigen Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) an.

Der SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine sagte am Samstag, mit der Öko-Steuerreform sollten die Arbeitskosten gesenkt und umweltschädlicher Energieverbrauch besteuert werden. Nach den drei Stufen der Reform würden die Lohnnebenkosten von heute 42,3 auf unter 40 Prozent gesenkt. Im ersten Schritt sollten sie 1999 um 0,8 Prozent sinken.

Mineralöl soll zunächst um sechs Pfennig, Heizöl um vier Pfennig je Liter teurer werden. Strom soll mit zwei Pfennig je Kilowattstunde besteuert werden. Die Steuer auf Gas steigt um 0,32 Pfennig je Kilowatt-

stunde. Die energieintensive Industrie wird davon ausgenommen. Der Finanzexperte der Grünen, Fritz Kuhn, sagte voraus, dass die Öko-Steuerreform Arbeitsplätze schaffen werde.

Die Aussetzung der Rentenreform gilt nach den Worten der Grünen-Parteisprecherin Gunda Röstel bis zur Vereinbarung einer grossen Rentenreform, längstens aber bis zum 31. Dezember 2000. Die Vorgängerregierung hatte eine Absenkung des Rentenniveaus von 70 auf 64 Prozent beschlossen, um die Rentenversicherung trotz steigender Lebenserwartung finanzierbar zu halten. Auch im Gesundheitsbereich ist eine Strukturreform zum 1. Januar 2000 geplant. Bereits zum 1.

Januar 1999 sollen chronisch Kranke und ältere Patienten von zusätzlichen Zahlungen bei Medikamenten entlastet werden.

In der Verkehrspolitik einigten sich SPD und Grüne auf die Absenkung der Promillegrenze im Strassenverkehr von 0,8 auf 0,5. Damit droht Autofahrern bei 0,5 Promille Alkohol im Blut ein Fahrverbot. Neue Tempolimits will die neue rot-grüne Regierung nicht anordnen, aber den Städten die Einführung von Tempo 30 erleichtern.

Beide Parteien vereinbarten zudem, dass der Bund keine Mehrkosten für Bau und Betrieb der Magnetschwebebahn Transrapid auf der Strecke Hamburg-Berlin übernehmen wird.